

31.07.2017

Schwache Analyse – Zutreffende Befunde

Ein Kommentar zur Debatte um die Rechtsextremismus- Studie der Ostbeauftragten

In der vergangenen Woche hat sich Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, von einer Studie des Göttinger Instituts für Demokratieförderung zu Rechtsextremismus und Rassismus in Ostdeutschland distanziert, die sie selbst in Auftrag gegeben hatte. Dem Göttinger Institut warf Gleicke vor, wissenschaftlich unsauber gearbeitet zu haben, was die Studie unbrauchbar mache. Die von der Ostbeauftragten veröffentlichte Distanzierung griff Vorwürfe auf, die bereits aus Anlass der Vorstellung der Studie am 18. Mai dieses Jahres erhoben wurden. Die damit einhergehende mediale Aufgeregtheit überschattet die notwendige Debatte über die von der Studie skizzierten Herausforderungen für die demokratische Kultur in Ostdeutschland.

Die Präsentation soziologischer Studien ist normalerweise eine Veranstaltung von Wissenschaftler*innen für das interessierte Fachpublikum. Kaum eine Untersuchung schafft es in die Hauptnachrichten. Bei der von der Ostbeauftragten vorgestellten Studie „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland“¹ hingegen ist nicht nur das Medieninteresse reger. Kaum war die Studie veröffentlicht, hagelte es Kritik und den Vorwurf, die Autor*innengruppe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung sei über unsaubere wissenschaftliche Methoden zu einem die Entwicklung in den neuen Bundesländern verzerrenden Ergebnis gekommen. Ein Vorwurf lautete, die mit vierzig Personen in drei Regionen durchgeführte Befragung sei nicht repräsentativ und somit in ihrer Aussage wertlos.

Ostdeutsche Abwehrreflexe

Ein anderer erhobener Vorwurf war, die Autor*innen hätten einige ihrer Interviewpartner*innen schlichtweg erfunden. Eine daraufhin verbreitete Gegendarstellung des Göttinger Instituts zu einem Bericht der „Welt“, die darauf hinwies, dass es zum Standard soziologischer Studien gehöre, Namen und Lebensumstände von Personen zu anonymisieren, half auch nichts mehr. Konservative Politiker*innen und Medien griffen Auftraggeber*innen und Autor*innen scharf an: Der Forschungsbericht

diskreditiere pauschal die ostdeutsche Bevölkerung und vermenge Sachverhalte – wie rassistische Straftaten und Aussagen zu Einstellungen in der Bevölkerung –, die nicht zusammengehörten. Die Studie stelle die Entwicklung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern verzerrend und einseitig dar. Dass in den (westdeutschen) Leitmedien der Rechtsextremismus in Ostdeutschland lokalisiert wird, mobilisiert im Osten nach wie vor eine Verantwortungsabwehr. Es ist wahr – über die Erzählungen vom „braunen Osten“ gerät der Rassismus im beschaulichen Hessen oder in Baden-Württemberg häufig aus dem Blick. Das jedoch trägt nichts zur notwendigen Debatte über die genuin ostdeutschen Entstehungsbedingungen für Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Ländern bei.

Anlass, eine Studie über die Entwicklung des Rechtsextremismus in Auftrag zu geben, war der statistisch nicht wiederlegbare Tatbestand, dass der Schwerpunkt der Mobilisierungen gegen Flüchtlinge in Form von Demonstrationen und gewalttätigen rassistisch motivierten Angriffen in den ostdeutschen Bundesländern liegt. Phänomene wie PEGIDA und die Kette rassistischer Gewaltexzesse in Sachsen führen zur Frage, ob es in Ostdeutschland spezifische Ursachen und Erfolgsbedingungen für einen offen gewalttätigen Rechtsextremismus und Rassismus gibt. Für eine Antwort interviewten die Autor*innen der Studie in

Erfurt, Freital und Heidenau Menschen aus einem Spektrum von Kommunalpolitik bis antirassistischer Initiative. Die im Forschungsbericht nachzulesenden anonymisierten Statements sind eingebettet in theoretische Überlegungen zu den Ursachen der im Osten signifikant höheren Zustimmungsbereitschaft zu rechten und rassistischen Einstellungen einerseits, und der hohen Zahl rassistischer Gewalttaten andererseits.

Ausgrenzung und Marginalisierung

Die Befunde der Studie bestätigen, was seit Ende der 1990er Jahre in der sozialwissenschaftlichen Debatte um Ursachen und Entwicklung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland diskutiert wird, und was die Praxiserfahrung von Fachträgern wie Miteinander e.V. in der Arbeit vor Ort spiegelt: Seit den frühen 1990er Jahren hat sich in Ostdeutschland ein gesellschaftliches Milieu entwickelt, welches autoritäre und rassistische Verhaltensmuster nicht nur stützt, sondern offensiv propagiert und auslebt. Dieses Milieu erfährt aus der Mehrheitsgesellschaft nur dort Widerspruch, wo rassistische Einstellungen in massive Gewalt gegen Gruppen münden, die über ein hohes Sozialprestige verfügen. So erfahren etwa Asylbewerber*innen die Mechanismen rassistischer Ausgrenzung schärfer als ausländische Studierende. Demgegenüber finden sich Akteur*innen, die sich kritisch mit rechten und rassistischen Ereignissen und Organisationen auseinandersetzen, vielfach in einer Position der Rechtfertigung. Sie werden marginalisiert, weil sie in einer Region im Gegensatz zu den Neonazis als die eigentlichen Troublemaker und Nestbeschmutzer angesehen werden.

Diese Dynamiken der Ausgrenzung von Minderheiten einerseits und der Marginalisierung des Engagements gegen Rechtsextremismus andererseits haben die Autor*innen beispielhaft anhand der drei untersuchten Regionen nachvollziehbar beschrieben. Dabei haben sie insbesondere auch die spezifischen Ausgangsbedingungen für Rechtsextremismus und Rassismus in Ostdeutschland in den Blick genommen.

Unschärfer Blick auf die Transformationsgesellschaft

So zutreffend die Befunde der Studie sind, so unscharf ist jedoch deren Herleitung. Zwar nehmen die Autor*innen die Transformationsgesellschaft der späten DDR und der Nachwendezeit als eine der Ursachen für Rassismus und Rechtsextremismus in den Blick. Doch werden die hier zutage tretenden Kontinuitäten rechter

und rassistischer Einstellungen werden nicht rückgebunden an die rassistischen Gewaltexzesse der postsozialistischen Übergangsphase der 1990er Jahre, die bis heute gesellschaftlich nicht aufgearbeitet sind. Zugleich fällt das Urteil der Autor*innen über die Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf migrantische Vertragsarbeiter*innen zu undifferenziert aus. Denn deren zu Recht beschriebene gesellschaftliche Isolation hatte ihre Ursache eben nicht nur in den rassistischen Einstellungen der Bevölkerung sondern auch in der rigiden Migrationspolitik der Ära Honecker, die jede soziale Interaktion zwischen Deutschen und Vertragsarbeiter*innen unterbinden oder minimieren wollte.

Keine Erwähnung in der Studie findet der Nationalismus in den Farben der DDR, der als Ergebnis der Debatte um das „Nationale Erbe“ von der SED-Führung ab Ende der 1970er Jahre propagiert wurde und der die Entwicklung des Neonazismus in den frühen 1980er Jahren den Boden bereitete. Schließlich haben die Autor*innen einige wesentliche Studien zur Herausbildung rassistischer und autoritärer Einstellungen in der DDR respektive der neuen Bundesländer aus den späten 1980er und frühen 1990er Jahren offenbar schlicht nicht gelesen. So fehlt es den Autor*innen an einem analytischen Zugriff auf das komplexe Zusammenspiel der Agonie-Phase der DDR ab Ende der 1980er Jahre mit den harten Umbrüchen in allen gesellschaftlichen Sphären zu Beginn der 1990er Jahre. Dies fügt sich – gewiss ungewollt – zu einem allzu grobkörnigen Bild der politischen Kultur Ostdeutschlands, in dem für manche Differenzierung kein Raum zu sein scheint. Dies fällt insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland auf. Diese mit den soziologischen Parametern Westdeutschland zu messen ist problematisch, weil demokratisches Engagement in Ostdeutschland eine andere Entwicklung nahm und sich aus anderen Ressourcen speist als in Westdeutschland, wo Parteien, Gewerkschaften und Kirchen von jeher das Rückgrat der Zivilgesellschaft bildeten.

Notwendigkeit der Debatte

Bei aller berechtigten Kritik an der analytischen Tiefe und möglichen handwerklichen Fehlern: Die Entscheidung der Ostbeauftragten der Bundesregierung, sich von der Studie zu distanzieren, ist fatal. Sie ist Wasser auf die Mühlen jener, die noch jede sozialwissenschaftliche Studie im Themenfeld als wenig seriös“ und unberechtigte Diffamierung Ostdeutschlands zurückgewiesen haben. Die Ignoranz gegenüber den Befunden der Wissenschaft und der Praxiserfahrung zivilgesellschaftlicher Träger verstellt

auf lange Sicht einen kritischen Diskurs über die Ursachen und Entwicklungsbedingungen von Rechtsextremismus und Rassismus in Ostdeutschland.

Eine kritische und offen geführte Debatte aber ist mit Blick auf die Wahlergebnisse der AfD und die Zahl der rassistischen Gewalttaten in Ostdeutschland notwendiger denn je. Diese Debatte kann nur mit Erfolg geführt

werden, wenn in Ostdeutschland die Bereitschaft zur Selbstkritik am Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus wächst und im Westen jeder Eindruck vermieden wird, man spreche über den ostdeutschen Rechtsextremismus so laut, um von eigenen Problemen mit Rassismus abzulenken.

David Begrich/Pascal Begrich

Miteinander e.V. hat auf Grundlage seiner Analysen und seiner Beratungs- und Bildungspraxis bereits mehrfach auf die Bedeutung der 1990er Jahre für die Debatte über Rechtsextremismus in Ostdeutschland hingewiesen

* Im Schatten der Wende. Rassismus und Neonazismus in Zeiten des Umbruchs, hrsg. von Miteinander e.V./ Arbeitsstelle Rechtsextremismus, 2. korr. und erw. Auflage, Magdeburg und Halle (Saale) 2015, <http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=46&modaction=detail&modid=656>

* Lichtenhagen als Zäsur. Ein rassistisches Pogrom, das bis heute nachwirkt, Impuls aus aktuellem Anlass vom 27.08.2012, hrsg. von Miteinander e.V., <http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=51&modaction=detail&modid=543>

* Quellen des Terrors. Kontinuität neonazistischer Kernmilieus in den neuen Ländern, Impuls aus aktuellem Anlass vom 20.02.2012, hrsg. von Miteinander e.V., <http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=51&modaction=detail&modid=545>:

VERWEISE:

¹ Danny Michelsen, Marika Przybilla-Voß, Michael Lühmann, Martin Grund, Hannes Keune und Florian Finkbeiner unter Leitung von Prof. Dr. Franz Walter: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren, Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Göttingen 2017.

Impulse für eine lebendige Demokratie

miteinander**aktuell** informiert in kompakter Form über rechtsextreme Ereignislagen oder aktuelle Debatten im Themenfeld.

Herausgeber: Miteinander e. V. | V. i. S. d. P.: Pascal Begrich
Erich-Weinert-Str. 30 | 39104 Magdeburg | www.miteinander-ev.de



Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.